

# „Unsere Stärke ist politische Autonomie.“

Interview mit François Bausch,  
Fraktionspräsident der Grünen

*forum: 25 Jahre sind seit der Gründung von Déi Gréng vergangen. Was hat sich verändert im politischen Auftrag dieser Partei?*

François Bausch: Vieles hat sich verändert. Die Grünen mussten anfangs um sich schlagen, damit die anderen sie bemerkten und um eine Chance zur Etablierung zu haben. Hinzu kam, dass sie ein neues Thema auf die Tagesordnung setzten und zwar die ökologische Dimension mit all ihren Facetten. Die Umweltproblematik war anfangs bei den anderen Parteien eigentlich gar nicht präsent und es brauchte viel Provokation, damit sie sich überhaupt bemerkbar machen konnte. Diese Phase ist längst vorüber. Spätestens ab Mitte der 1990er hat der Prozess eingesetzt, wo die meisten von uns Bilanz gezogen haben und sich gesagt haben, dass wir über diese Etappe hinaus und mitgestalten müssen. Von da an wurden die Programme ausgerichtet, damit nicht nur eine Vision für 2080 da stand, sondern auch etwas konkret Umsetzbares für die nächsten fünf, zehn oder 15 Jahre. Das ist der wesentliche Punkt, der heute, verglichen mit früher, anders ist. Ich glaube nicht, dass wir das Provozieren ganz aufgegeben haben, um den gestalterischen Teil weiterzubringen, aber es geht nicht mehr nur um Provokation, um auf sich aufmerksam zu machen.

*Die Grünen haben die nationale Politik immer aus der Opposition heraus beeinflusst. Welches waren in Ihren Augen dabei die größten Erfolge?*

F. B.: Unser größter Erfolg war, dass wir den gesamten Parlamentarismus entstaubt haben. Das Parlament, so wie es sich heute darstellt und arbeitet, hat dies größtenteils den Grünen zu verdanken. Als ich 1989 ins Parlament kam, da hatte ein Abgeordneter nicht einmal ein

---

**Unser größter Erfolg war, dass wir den gesamten Parlamentarismus entstaubt haben.**

---

Büro, keinen Stuhl, keinen Computer und keinen Mitarbeiter. Das Parlament als Institution war inexistent verglichen mit der Exekutive. Mit Treppenbesetzungen und anderen Aktionen verlangten wir, dass das Parlament als Institution ernst genommen werden und sich nach außen zur Gesellschaft hin öffnen müsse. Heute hat jeder Abgeordnete das Recht auf einen Mitarbeiter, er hat ein Büro, ihm stehen finanzielle Mittel zur Verfügung. Es ist zur Normalität geworden, dass wir öffentliche Anhörungen im Parlament haben, dass die Zivilgesellschaft ins Parlament eingeladen wird. Die letzte Hürde, die meiner Meinung nach noch zu überwinden bleibt, sind Fortschritte bei der Transparenz zum Beispiel im Hinblick auf die Protokolle der Kommissionen. Aber 1989 war das Parlament ein geschlossener, abgehobener Apparat, und durch die provokatorische Art und Weise, mit der die

Grünen da hineingestürmt sind, haben wir einen unserer größten und dauerhaftesten Erfolge gehabt. Der zweite Erfolg ist natürlich, dass heute der ökologische Aspekt ebenso wie die soziale Frage, eine allgemeine Frage geworden ist, mit der jede Partei sich beschäftigen und handeln muss. Die Verankerung der ökologischen Frage würde ich in etwa vergleichen mit dem Verdienst der Sozialdemokraten Ende des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit der sozialen Frage. Es ist der Verdienst der Grünen Ende des 20. Jahrhunderts einer gesellschaftspolitischen Thematik, die sich aufdrängte, die aber ignoriert wurde, zum Durchbruch zu verhelfen.

*Welche Mittel führen zum Erfolg, wenn man auf die Rolle der Oppositionspartei reduziert ist?*

F. B.: Anfangs hatten wir nur die Provokation, denn in der Institution standen uns nicht viele Ausdrucksmöglichkeiten zur Verfügung. Wir hatten keinen Fraktionsstatus, wir waren von der Redezeit her benachteiligt, wir konnten keine Motionen einbringen, wir bekamen nie von irgendeinem eine Unterschrift. Ich erinnere mich, dass wir bei jedem Gesetzesentwurf, der uns wichtig war, und bei allem was in der Chamber diskutiert wurde, überlegen mussten, was wir draußen vor der Chamber machen könnten, während drinnen diskutiert wurde, damit die Leute draußen mitbekamen, was wir drinnen wollten. Als Beispiel fällt mir gerade das Pavillon maritime

ein, die luxemburgische Hochseeflagge, die wir als Projekt ablehnten. Um auf die Absurdität des Ganzen hinzuweisen, haben wir mein Auto genommen, ein Kanu auf das Dach geschnürt, das Auto vor die Chamber geparkt und dort eine Einweihung des luxemburgischen Pavillon maritime zelebriert. Das hatte dann oft als Resultat, dass wir draußen mehr Aufmerksamkeit bekamen als drinnen. Ich glaube, das hat nach und nach auch drinnen dazu geführt, dass gesagt wurde, das ist ja verrückt, es wäre doch besser wir öffnen uns, damit die Menschen sehen, was hier drinnen passiert, denn sonst bekommen die mehr Öffentlichkeit als wir.

*Diese Aktionsformen der Zivilgesellschaft überlassen Sie ja mittlerweile eher Greenpeace oder dem Mouvement écologique.*

F. B.: Ja, das stimmt. Unsere Aktionsformen haben sich verändert durch die Tatsache, dass wir das Parlament demokratisiert haben, aber natürlich auch weil wir gewachsen sind und dadurch mehr parlamentarische Mittel haben. Heute können wir mehr gestalterisch wirken und die Instrumente voll ausschöpfen. In dem Kontext bin ich auch froh, dass wir den Fehler nicht gemacht haben, den die Sozialdemokraten früher mit der Gewerkschaftsbewegung gemacht haben, nämlich zu versuchen, mit Greenpeace oder dem Mouvement also den NGOs, die uns durch ihre Thematik nahe stehen, eine quasi Verflechtung einzugehen. Sie sollen ihre Rolle weiterhin spielen können und außerparlamentarisch aktiv sein, einschließlich uns manchmal dabei auf die Füße treten. Wir greifen deren Anliegen auf und versuchen sie im Parlament zu thematisieren. Es bleibt aber dabei, dass wir im Parlament nichts erreichen können, wenn draußen kein Druck besteht. Und diesen Druck sollen die machen, die dafür da sind, die NGOs.

*Welche Bedeutung hat die Arbeit in den Abgeordnetenkommisionen?*

F. B.: Das Gros der Debatten findet in den Kommissionen statt. Im Plenarsaal ist der Show-Down, aber im Endeffekt wird hier nichts mehr an den Texten verändert. Nur in den Kommissionen können wir Einfluss auf die zukünftige Gesetzgebung nehmen. Ein Beispiel wäre die ganze Diskussion rund um die Genmanipulation (GMO). Wir haben in Luxemburg dank unseres Einflusses



Foto: Déi Gréng

in der Kommission und unseren Änderungsanträgen eine ganz gute Gesetzgebung erhalten. In diesem Fall hat das Zusammenspiel zwischen Greenpeace außen und uns innen gut funktioniert.

### **Wir treffen keine Entscheidungen, die nur darauf abzielen, Fehler zu vermeiden, die unsere Wiederwahl gefährden könnten.**

*Mit der Kirche hatten Sie einen weiteren starken Koalitionspartner in dieser Frage.*

F. B.: Absolut richtig. Unsere Stärke ist, dass wir unsere politische Autonomie zu bewahren versuchen. Politisch stehen wir links, das wird ganz klar durch unsere Themenstellung, aber wir sehen das nicht dogmatisch in dem Sinne, dass wir nur mit den Parteien zusammenarbeiten wollen, die sich selbst auch links definieren. Wir suchen unsere Allianzen auf ganz verschiedenen Ebenen und tatsächlich gibt es im Bereich Ökologie und Naturschutz oftmals Allianzen mit dem katholischen Milieu. Leider öfters als mit dem sozialdemokratischen Milieu. Das ist eine Tatsache.

*Die Grünen waren angetreten, den Umbau der Gesellschaft einzuleiten und das politische System aufzubrechen. Sie haben eben erklärt, dies sei innerhalb des politischen Systems gelungen, in vielen Gemeinden haben Sie mittlerweile auch politische Verantwortung übernommen. Hat das Machbare mittlerweile das Visionäre ersetzt?*

F. B.: Nein, das glaube ich nicht, obwohl ich natürlich weiß, dass viele unserer Leute auf Gemeindeebene in Mehrheiten eingebunden sind und nun weniger Raum und Zeit haben, um sich um das Visionäre zu kümmern. Ende der 1990er habe ich mir Sorgen gemacht, was den Nachwuchs anbelangt. Glücklicherweise ist dies heute nicht mehr nötig. Wir haben viel Zuwachs und lassen den Jungen viel Freiraum. Die jungen Grünen vertreten ihre eigenen Positionen. Ein Beispiel: In Luxemburg-Stadt haben wir die Überwachungskameras akzeptieren müssen, obwohl dies nicht unserer Meinung entspricht. Die jungen Grünen haben trotzdem zum Thema Überwachung des öffentlichen Raums ziemlich heftig Stellung bezogen. Ich finde das Spiel funktioniert und ich sehe durchweg Jugend nachrücken und auch in der Partei gibt es natürlich Veränderungen. Ich glaube, eine grüne Partei, die den visionären Aspekt aufgäbe, wäre überflüssig. Wir müssen immer das Erfriechende, das Weiterdenkende im Kopf behalten. Ich meine, das zeichnet uns auch aus in den Gemeinden, in denen wir vertreten sind.

Wir treffen keine Entscheidungen, die nur darauf abzielen, Fehler zu vermeiden, die unsere Wiederwahl gefährden könnten. Wir scheuen uns nicht in den Gemeinden, in denen wir vertreten sind, wie z. B. in Sassenheim mit der Frage des Gefängnisses, schwere Entscheidungen zu treffen, die nicht unbedingt populär sind. Das gleiche gilt für die Fixerstube in Luxemburg-Stadt. Wir sind in dieser

Frage einen mutigen Weg gegangen. Wir sind angetreten, um Dinge zu bewegen und wenn während der sechs Jahre unserer Mandatszeit Einiges bewegt werden konnte, dann freut uns das. Wenn wir die Wahlen deswegen verlieren, dann ist das eben so. Dann müssen wir das akzeptieren, deshalb geht für uns die Welt nicht unter. Das ist eben auch der wesentliche Unterschied zu anderen Parteien. Es gibt nicht diese Machtbesessenheit, die vielleicht bei anderen Parteien besteht, denen es wirklich nur darum geht, an die Macht zu kommen. Das sage ich auch für 2009. Wir wollen natürlich noch Sitze hinzugewinnen, aber unser Hauptziel ist nicht die Regierungsbeteiligung.

*Als Beobachter hat man das Gefühl, dass Ihre Oppositionspolitik auf nationalem Niveau weniger ausgeprägt, nicht mehr so dynamisch, auch nicht mehr so aggressiv ist wie in der Mandatsperiode davor. Begründet sich das durch die Bindung der Ressourcen auf lokalem Niveau?*

F. B.: Es ist richtig, dass die Belastung enorm groß ist. Die sieben Leute in der Fraktion sind ja fast alle, außer Muck Huss und Claude Adam, in einer Mehrheit auf Gemeindeebene entweder als Schöffe oder Bürgermeister tätig. Das bindet Kräfte, generell meine ich aber nicht, dass die Opposition dadurch weniger stark ist. Sei es nun die Wohnungs- oder die Klimafrage, wir verbrennen uns im Moment oft die Finger. Aber wenn ich morgen als Fraktionschef der Grünen in der Opposition etwas sage und wenig später aus der Mehrheit im hauptstädtischen Gemeinderat heraus, dann sieht man mich aber in zwei verschiedenen Rollen. Das macht das Erscheinungsbild vielleicht weniger eindeutig.

*Man spürt eine gewisse Zurückhaltung im Bombenlegerdossier bei den Grünen.*

F. B.: Ja, das ist ein gefährlicher Balanceakt, den wir da machen. Man wird schnell in den Sog des Populismus gezogen. Wir wollen ganz bewusst alles machen, damit diese Geschichte aufgeklärt wird, aber in dem Sinn, dass die Institutionen dabei nicht zu Schaden kommen. Wir wollen, dass die Commission juridique sich mit dem Dossier befasst, die soll eine Analyse des ganzen Ablaufes von damals machen, unabhängig von den gerichtlichen Verfahren, die laufen und in die wir uns ja nicht einmi-

schen sollen. Dann sollte eine Orientierungsdebatte stattfinden auf Basis eines vertieften Berichts, der sich mit dem ganzen Thema beschäftigt hat und die Schwachstellen aufdeckt. Nur ein Beispiel: Die Kontrollinstanz Inspection de la Police zeigt erhebliche Mängel in ihrer Funktionsweise auf, doch dies scheint niemanden zu interessieren. Dies ist eine einzige Katastrophe. Man soll ein Blick ins Ausland werfen und schauen wie die Polizeikontrolle dort funktioniert. Ich finde, das ist eine der vorrangigen Frage, aber die ist natürlich weniger reißerisch als wenn man wie Robert Mehlen jeden Tag Fragen ans Parlament richtet und den Justizminister an den Pranger stellt.

---

**Steuern einziehen ist ein Element der Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum und für jeden Cent, den ich bezahle, bekomme ich auch etwas zurück.**

---

*Vor den letzten Wahlen sind mit Renée Wagener und Robert Garcia zwei Zugpferde der Grünen als Kandidaten weggefallen. Fehlen diese Schwergewichte heute, um die Diskussion innerhalb der Partei lebendig zu halten?*

F. B.: Die beiden fehlen ganz sicher, weil beide wirklich gute Leute sind. Ich bin aber der Meinung, dass der Meinungsbildungsprozess noch immer genauso funktioniert, wie in der damaligen Zeit. Das heißt, dass wir sehr kontroverse Diskussionen auf der Ebene der Sektionen bzw. auch in der Fraktion führen. Wir treffen dann aber eine Entscheidung, die unsere Linie darstellt und daran hält sich dann auch jeder. Das ist unsere Stärke. Wir haben alle schrecklich in den 1990er Jahren gelitten, als es oft nicht nur um den Inhalt, sondern in erster Linie um persönliche Rivalitäten, ums Ego ging. Es braucht Zeit, um Leute wie Renée und Roga zu ersetzen. Seit Rogas Weggang haben wir in kulturellen Fragen ein großes Loch, auch gesellschaftspolitische Themen wie Homoehe, um die sich Renée gekümmert hat, liegen etwas brach, werden aber zusehends von Claude Adam und Felix Braz übernommen.

*Die Grünen positionieren sich heute als innovative, moderne Partei. In welchen*

*Bereichen gibt es für Sie Handlungsbedarf, nachdem die anderen Parteien die Umweltfrage in ihre Programme integriert haben?*

F. B.: Zwei Themen. Das eine sind bürgerliche Freiheiten, das andere ist eine moderne, ich nenne es einfach einmal so, Familienpolitik. Das heißt Kinderrechte, das heißt eine Gesellschaft, in der Männer und Frauen hundertprozentig berufstätig sind, mit allen Konsequenzen. In der Kindererziehung von heute gibt es enorme Defizite. Keine Partei hat diese Thematik bisher besetzt. Das wird einer unserer Schwerpunkte bei den Wahlen 2009 sein. Wir sind aus einem erzkonservativ katholischen Szenario herausgekommen, das existiert heute nicht mehr, nicht einmal mehr im katholischen Milieu. Wir hatten aber in den 1990er Jahren eine Förderung der Familienpolitik, die noch immer nach diesem Modell funktionierte. Es wurde dann unter dem Impuls der CSV mit Marie-Josée Jacobs eine Nebenschiene aufgebaut, so dass wir heute zweigleisig fahren, was den Staat natürlich viel kostet, irgendwie auch nicht mehr funktioniert und irgendwann unhaltbar wird. Es ist nun an der Zeit, eine Bilanz zu ziehen und radikal in eine ganz andere Richtung zu gehen. Die Kinderversorgung z. B. müsste gratis sein, mit allen institutionellen Folgen. Als Gegenwert muss dann entweder die Familienzulage selektiver gestaltet werden oder diejenigen, die viel verdienen, müssen mehr über die steuerliche Ebene beitragen. Es geht nicht auf, wenn Kindertagesstätten gratis sind und der Spitzensteuersatz zu niedrigsten Werten tendiert. Wir benötigen dazu wieder eine Diskussion über die Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum, die wir hier in Luxemburg komplett vernachlässigt haben. Ich finde es schlimm, dass eine sozialdemokratische Partei diese Problematik nicht einmal mehr andiskutiert. Die laufen nur noch hinter jenen her, die die Steuern andauernd heruntersetzen wollen und keiner stellt sich die Frage, was das im Endeffekt für Konsequenzen haben wird, nämlich eine Gesellschaft, in der sich keiner mehr sozial verantwortlich fühlt.

*Also Gesellschaftspolitik ist Steuerpolitik?*

F. B.: Ja, Gesellschaftspolitik ist Steuerpolitik. Bei den diesjährigen Budgetdebatten habe ich gesagt, wir müssten aufhören so zu tun, als ob Steuern eingezogen würden, um die Menschen zu

ärgern oder um ihnen das Geld aus der Tasche zu ziehen. Steuern einziehen ist ein Element der Umverteilung von gesellschaftlichem Reichtum und für jeden Cent, den ich bezahle, bekomme ich auch etwas zurück. Aber die Leute haben den Zusammenhang verloren und die Parteien fördern dieses Denken auch noch, das ist ja das allerschlimmste. Alle Parteien schreien nach Steuersenkungen. Aber das läuft auf das amerikanische System hinaus, und irgendwann müssen wir den Leuten erklären, dass jeder für sich alleine aufkommen muss.

*In einem von der woxx organisierten Rundtischgespräch im letzten November hatten Sie nicht den Eindruck gemacht, dass eine Regierung ohne die CSV für Sie einen Wert an sich darstellen könnte – also im Sinne von einer Öffnung des Systems, einer größeren Transparenz usw.*

F. B.: Dann wurde ich falsch verstanden. Ich hatte anfangs erklärt, dass ich eigentlich einen Gewinn darin sehe, wenn eine Partei nicht automatisch in der Regierung ist, da wir dann eine bewegtere öffentliche Diskussion bekämen. Das hat im übrigen nichts mit der CSV als Partei zu tun, ideologisch gesehen. Ich finde es einfach desaströs, dass wir in Luxemburg ein Szenario haben mit einer Partei, die quasi die Bank besitzt.

Man könnte jetzt argumentieren, die sind immer am Ball, weil sie so gut sind oder weil alle anderen so schlecht sind. Ich glaube, dass an beidem etwas dran ist, aber in dieser Hinsicht finde ich schon, dass es Luxemburg gut täte, wenn die CSV einmal nicht an der Regierung beteiligt wäre. Aber ich finde es falsch, und das habe ich anlässlich dieses Rundtischgesprächs auch gesagt, wenn wir im Hinblick auf die nächsten Wahl jetzt diskutieren, wie wir die CSV von der Regierung ausschließen. Das kann nicht das Ziel sein.

Man muss objektiv handeln und schauen, welches gesellschaftliche Modell wir gemeinsam entwerfen wollen und welche Partei sich damit identifizieren kann. Wenn wir dann feststellen, dass sich die CSV auf gesellschaftspolitischem Niveau keinen Millimeter bewegt, dann ist schnell klar, dass man dieses Modell nur ohne die CSV umsetzen kann. Aber wer sagt denn, dass dem so ist? Das ist ja gar nicht sicher. Anstatt zu diskutieren, wer kann mit wem und wer nicht, möchte ich lieber inhaltlich diskutieren,

um zu sehen, was wir zusammen erreichen wollen. Ich kann keinen Wähler überzeugen, wenn ich sage, sie sollen die CSV nicht wählen, weil ich die nicht in der Regierung haben möchte. Wir müssen eine inhaltliche Vision entwickeln und davon sind wir noch weit entfernt.

**Die Diskussionen laufen in Luxemburg immer am Inhalt vorbei. Es wird über Personen geredet, damit man über den Inhalt nicht zu reden braucht.**

*Ich würde jetzt einwenden, dass eine Regierung ohne CSV ein Plus an demokratischer Öffnung bedeuten könnte.*

F. B.: Das ist richtig. Eigentlich müssten die Wähler dafür sorgen, dass keine Partei sich so sicher fühlt, immer in der Regierung zu sein. Das ist gewissermaßen eine sanitäre Notwendigkeit für die Demokratie. Doch ich meine, dass es nebenbei eine ganze Reihe inhaltlicher Fragen gibt, über die man zu dieser Option kommen muss. Die Diskussionen laufen in Luxemburg immer am Inhalt vorbei. Es wird über Personen

geredet, damit man über den Inhalt nicht zu reden braucht. Das ist das, was mich bei dem Ganzen frustriert.

*Welche politischen Perspektiven haben die Grünen denn, wenn sie 2009 nicht in die Regierung kommen?*

F. B.: Ich finde, dass die Opposition genau so eine wichtige Rolle spielt wie die Mehrheit. Wir müssen es fertig bringen, dass der Wahlerfolg von 2004, als die Wähler begannen den Dreierblock aufzubrechen, indem sie uns massiv stärkten, 2009 fortgesetzt wird. Der Trend muss sich 2009 fortsetzen, auch wenn wir nicht in die Regierung gelangen. Allein der Fakt, dass wir noch einmal dazu gewinnen würden, auch wenn wir in der Opposition blieben, würde die Vorgaben, die Diskussionen und die Kräfteverhältnisse weiter ändern. Das ist es, was zählt.

*In Ihren Überlegungen kommen die Ausländer nicht vor.*

F. B.: Für mich ist eine der Herkulesaufgaben für Luxemburg, das Aufbrechen der undemokratischen Verhältnisse. Wenn wir auf nationaler Ebene nicht das Wahlrecht für die Ausländer einrichten, bekommen wir das Land





Foto: Déi Gréng

nicht mehr reformiert, um nicht zu sagen, das Land kommt zum Stillstand. Die doppelte Nationalität kann nur der Anfang sein. Wir müssen es zumindest kurzfristig fertig bringen, den EU-Bürgern hierzulande nach einer gewissen Wohndauer, etwa nach fünf Jahren, das Wahlrecht zuzugestehen. Wir ersticken doch sonst. Zurzeit besteht die Situation, dass 70% der Arbeitsplätze im Privatsektor von Ausländern besetzt sind, die keine Rechte haben. Andererseits haben wir einen Teil der Bevölkerung, der Rechte hat und total abgesichert ist, und der sich immer mehr auf sich selbst zurückzieht und das kleinste Projekt, und sei es noch so gut durchdacht, blockiert.

*Gibt es in der Geschichte der Grünen eine Entwicklung, die Sie nachträglich bedauern?*

F. B.: Ich bedauere, dass wir Leute verloren haben wie Thers Bodé, was schmerzhaft war, und ich bedauere auch, dass wir in den ganzen Jahren viel Zeit verloren haben mit internen, viel zu persönlichen, unter die Gürtellinie gehenden Quälereien, wodurch auch Leute verloren gingen. Wir wären heute einen Schritt weiter, wenn wir uns weniger mit persönlichem Egoismus als mit Inhalten beschäftigt hätten.

*Sie gehören zu den Leuten, die übrig geblieben sind. Warum?*

F. B.: Weil ich einfach Ausdauer habe, wobei ich mir aber heute manchmal

sage, dass ich das nicht noch einmal mitmachen könnte. Ich werde bald 52 und bin seit meinem 18. Lebensjahr politisch aktiv, mit allen Turbulenzen, mit allem

### **Für mich ist eine der Herkulesaufgaben für Luxemburg, das Aufbrechen der undemokratischen Verhältnisse.**

was das bedeutet, und ich habe enorm gelitten zwischen 1992-1993 und 1995. Danach ging es bergauf. Aber vorher wurde viel Porzellan auf persönlicher Ebene zerschlagen. Das hat mir auch relativ viel ausgemacht. Viele verließen die Partei, was nicht hätte sein müssen.

*Verändert Politik den Menschen? Anders als andere Jobs?*

F. B.: Ja, ganz klar. Ich hatte eine Chance, dass ich mich von unten nach oben arbeiten musste. Heute hat die Politik immer mehr die Tendenz, dass Leute sich reinschmeißen, und Politik als Mittel zur schnellen Karriere sehen. Die haben keine Geduld mehr. Aber die braucht man, um mit seinen Inhalten in der Politik Erfolg zu haben. Das dauert manchmal ein ganzes Leben. Es ist natürlich sehr schwer jemandem beizubringen, dass man vielleicht 20, 30 Jahre Geduld aufbringen muss. Das große Risiko in unserem Parlament und europaweit sehe ich in der Professiona-

lisierung der Politik. Diese hat sicherlich Vorteile, mehr Kontinuität und professionellere Abläufe, aber sie hat auch den Nachteil, dass immer mehr Leute die politische Karriere als rein professionellen Weg sehen und die Bodenhaftung verlieren. Und dieses Risiko besteht bei uns Grünen auch.

*Wären Sie lieber Finanz- oder Außenminister in diesem Land?*

F. B.: Beide Posten haben ihren Reiz. Ich bin der Meinung, dass der Finanzminister die wichtigste Rolle in der Innenpolitik spielt. Er kann am meisten steuern, was innenpolitisch passiert. Er hat den Überblick, dreht an den Schrauben in den Verhandlungen und kann Druck ausüben. Der Posten des Außenministers ist natürlich politisch interessant, weil er neben dem Amt des Premierministers die einzige politische Funktion ist.

*Wie lange würden Sie benötigen, um sich in die Materie einzuarbeiten?*

F. B.: Im Finanzministerium bräuchte ich eine Anlaufzeit, obwohl ich den Vorteil habe, lange in der Finanzkommission der Chamber gewesen zu sein und deshalb die Mechanismen und Institutionen kenne. Das größte Problem sehe ich darin, dass man ein Ministerium übernehmen müsste, das sich seit hundert Jahren unter der Kontrolle der CSV befindet. Das wäre eine schwierige Aufgabe. Ich möchte eigentlich keinem Grünen das zumuten, das muss ich ehrlich zugeben. Dieses Ministerium ist ein gutes Beispiel dafür, wie dominant die CSV in der Luxemburger Politik ist. Denn in so einem Schlüsselministerium, außer 1974-79 als die LSAP es übernommen hatte, permanent die Kontrolle zu haben über alles – das sagt viel aus. Für das Amt des Außenministers glaube ich, hätte ich weniger Schwierigkeiten. Ich mache seit über 30 Jahren Politik, habe mich für politische Wissenschaften und die Ereignisse, die in der Weltgeschichte passieren, immer interessiert. Die Zusammenhänge verstehe ich gut, diese Aufgabe würde mir viel leichter fallen als das Finanzministerium, ganz klar.

*Herr Bausch, wir bedanken uns für das Gespräch!*

*(Das Interview fand am 8.1.2008 statt./JST)*